SIGNALARCHIV.DE

Planung

Staakener S-Bahn: Fortsetzung der Tragödie

aus SIGNAL 03/1990 (April 1990), Seite 14-15 (Artikel-Nr: 10001233)
S-Bahn-Initiative Spandau - Staaken

Gesprengt: S-Bf. Leninalle am 17.3.1990, 11.00 Uhr. Um ein direktes Umsteigen zu den Straßenbahn-Linien auf der Leninallee zu ermöglichen, sollen die Bahnsteige unter der Straßenbrücke hindurch verlängert werden. Deshalb mußte das alte Empfangsgebäude aus den späten 60er Jahren weichen. (Foto: U. Alexander)

Beinahe schon als verkehrspolitische Bankrotterklärung ist die kürzlich vom Spandauer Baustadtrat Klaus Jungclaus erhobene Forderung nach Verlängerung der U-Bahn in das Falkenhagener Feld zu bewerten. Was war der Anlaß für die U-Bahn-Forderung? Das Falkenhagener Feld, eine Großsiedlung der 60er Jahre soll «nachverdichtet» werden. Um den Anwohnern den zusätzlichen Wohnungsbau vor ihrer Haustür zu versüßen, wurde vom Bezirk die Forderung nach einer U-Bahn-Erschließung erhoben: «Umso mehr muß diese Forderung noch unterstrichen werden, wenn der Stadtteil in Zukunft mehr Wohnungen (und damit mehr Bewohner) aufnehmen soll." heißt es in einer vom Bezirksamt Spandau im Dezember 1989 herausgegebenen Planungszeitung.

Versteckt ist diese Funktion der U-Bahn-Forderung, als Köder für eine Anwohnerzustimmung zum Wohnungsbau zu dienen, in einem Artikel, dessen grundsätzlichen verkehrspolitischen Ausführungen wir durchaus zustimmen können: «Viele Bewohner können sich gar kein Auto leisten - und zunehmend mehr würden es gern abschaffen (oder es nur noch für Urlaub und Freizeit benutzen), wenn es nur andere Möglichkeiten gäbe, mit etwa der gleichen Bequemlichkeite und Schnelligkeit wie (z.Zt. noch) mit dem eigenen Auto an ihre Ziele in der Stadt zu gelangen." Und weiter: «Der z.Zt. angebotene, eher gemächliche Busverkehr der BVG" reicht als Alternative zum privaten Pkw nicht annähernd aus. Selbst wenn Busspuren eingeführt und der Fahrtakt erhöht kann dies auf Dauer kein Schnellverkehrsmittel ersetzen." Richtig! Deshalb fordern wir ja auch schon seit Jahren die zügige Wiederinbetriebnahme der S-Bahn von Westkreuz nach Staaken.

Doch während sich das Bezirksamt bisher für die S-Bahn praktisch überhaupt nicht engagiert hat, fordert es nun, «die U-Bahn so schnell wie möglich in das Falkenhagener Feld" zu verlängern. Völlig außer Acht gelassen wird dabei z.B., daß für die Kosten von 1 km U-Bahn-Neubau rund 7 km S-Bahn-Strecke wieder in Betrieb genommen werden können und daß die U-Bahn, die man ins Falkenhagener Feld «verlängern» will, bisher noch in Ruhleben endet und erst einmal bis Rathaus Spandau gebaut werden müßte. Die Forderung nach einer U-Bahn ins Falkenhagener Feld entbehrt demnach jedlicher vernünftigen Grundlage. Ganz offensichtlich geht es dem Bezirksamt also nicht um eine ernsthafte Planung zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebotes, sondern es geht um politische Taktik, die bei den Bewohnern des Falkenhagener Feldes scharf abgelehnte Verdichtung der Siedlung (unter anderem Bebauung der Grünflächen) mit dem U-Bahn-Köder durchsetzen zu können.

In unseren Gesprächen mit Bewohnern des Falkenhagener Feldes wurde deutlich, daß viele die U-Bahn ebenfalls als illusorisch betrachten und die Priorität für die Wiederinbetriebnahme der S-Bahn als vernünftig einschätzen. Spätestens hier wurde der fehlende verkehrspolitische Sachverstand der Spandauer Verwaltung spürbar, wenn sie glaubte, die Verkehrsplanung politischer Taktik unterordnen zu können, nachdem sie das Verlangen nach Wiederinbetriebnahme der S-Bahn lange mißachtet hatte. Zwar hatte die Spandauer SPD bereits 1984 die Wiederinbetriebnahme der

S-Bahn Friedrichstraße - Staaken gefordert, doch seither ist das Engagement der Spandauer Politiker im Vergleich zu anderen Bezirken als schwach zu bezeichnen, geht es doch über BVV-Beschlüsse nicht hinaus. Im bezirklichen Ausschuß für Bauwesen war man am 31.10.1989 s ar bereit, die Prioritätensetzung des Berliner Senats zugungunsten von Spandau und den derzeit geplanten Wegfall des Abschnittes Rataus Spandau - Staaken zu akzeptieren.

Es verärgert die Spandauer Bevölkerung, wenn das Bezirksamt und die Parteien das Thema S-Bahn nicht aufnehmen und gegenüber dem Senat keine politischen Initiativen ergreifen. Trotz oder gerade wegen der Planungen im Zusammenhang mit dem Falkenhagener Feld bleibt zu wünschen, daß sich die Kommunalpolitiker nach den Geschehnissen in er DDR auf die S-Bahn nach Staaken und Falkensee besinnen. Denn entgegen der häufig von Politikern geäußerten Behauptung «in Staaken ist ja nichts, was einen S-Bahn-Betrieb rechtfertigt«, zeigt die BVG-Planung einer Schnellbuslinie in die Staakener Neubaugebiete als S-Bahn-Vorläufer, daß hier offensichtlich doch ein bedeutendes, aber schlecht erschlossenes Fahrgastpotential vorhanden ist.

Dieser Artikel mit allen Bildern online:
http://signalarchiv.de/Meldungen/10001233.

© GVE-Verlag / signalarchiv.de - alle Rechte vorbehalten